

Überparteiliches Postulat

Mehr Schutz von Migrantinnen, Aufenthaltssicherheit für Mütter und Kinder

Der Gemeinderat wird gebeten sich beim SEM und beim Kanton Bern bei unten genannten konkreten Fällen einzusetzen und ihre Handlungsspielräume zum Schutz von Migrantinnen voll auszuschöpfen.

1. Sind Migrantinnen Opfer von häuslicher Gewalt, so soll ihnen eine Aufenthaltssicherheit zugesprochen werden z.B. mit einem humanitären B Status, wenn sie sich von ihrem Schweizer Partner trennen wollen und zwar unabhängig der bisherigen Aufenthaltsdauer.
2. Bei der Trennung/Scheidung von Migrantinnen, die aus Konfliktregionen stammen und Schweizer Kinder haben (da mit einem Schweizer verheiratet) sollen weder Kinder noch die Mütter zusätzlich diskriminiert und in das Herkunftsland der Mutter ausgeschafft werden. Die Stadt soll sich für einen geregelten Aufenthaltsstatus für die Mutter beim Bund einsetzen, so dass sie und die Kinder in der Schweiz ein Bleiberecht haben.

Begründung:

Verheiratete Migrantinnen, welche Opfer von häuslicher Gewalt werden, wagen sich oft nicht aus der Gewaltspirale auszubrechen und sich trennen und dann scheiden zu lassen. Grund dafür ist, dass sie vielfach ihren Aufenthaltsstatus verlieren, sollten sie noch nicht genügend lange in der Schweiz sein, um eine unabhängige Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Diese Tatsache ist stossend, weil Opfer damit doppelt bestraft werden.

Die Stadt hat einen nicht unwesentlichen Handlungsspielraum bei der Genehmigung von Aufenthalt, dieser sollte zu Gunsten der Opfer gegenüber dem Bund und dem Kanton genutzt und voll ausgeschöpft werden.

Ausländischen Müttern von Kindern die in der Schweiz geboren sind, sollte bei einer Trennung das Bleiberecht zugesichert werden, insbesondere wenn im Herkunftsland der Mutter der Kindern keine Perspektiven aufgrund von kriegerischen Konflikten oder humanitären Risiken auf ein würdiges Leben möglich ist und die Kinder an einem Ort aufwachsen müssen, mit dem sie keinen Bezug haben. Auch da drängt sich ein humanitärer B Status auf, den die Stadt gegenüber dem Bund für die Betroffene einfordern und beantragen soll und so ihre Möglichkeiten zu Gunsten der Frauen auszuschöpfen.

Biel, 26. Juni 2019

Ruth Tennenbaum, Passerelle

Lena Frank, Grüne

Anna Tanner, SP

